

Antrag

des

Nationalrates Wohlmeyer und Genossen,

betreffend

die Lösung und Durchführung grundlegender, zum Aufbau des Staates Deutsch-
österreich wichtiger und dringlicher Fragen.

Außer den erschütternden Ereignissen durch Krieg, Krankheit und Elend, den entsetzlichen Verlusten von Millionen deutscher Helden, dem Zusammenbruche des Staates Österreich und der Vernichtung oder Schädigung so vieler Existenzen und Familien, stehen wir vor wichtigen und dringenden Fragen, die gelöst werden müssen.

Die brennendste Frage ist vor allem die Ernährung der Volksmassen, die heute zumeist hungern, und die Beschaffung von Lebensmitteln, der die neue, provisorische Regierung ihre ganze Aufmerksamkeit zuwendet, um diese Frage baldigst zu lösen.

Sofortige Abstellung folgender Zustände.

Die Volksmassen haben während der Kriegszeit gesehen, wie offen und ungeniert in unserem bisherigen Staate die Wucher- und Raubwirtschaft auftreten konnte und durfte, wie den armen Volksmassen, ohne jede Rücksicht durch grausame Spekulation, Schleichhandel, Preistreiberei, Lebensmittel-fälschung und unsinnige Höchstpreise zc. die Lebensmittel und Bedarfsartikel entzogen wurden.

Die Volksmassen konnten aber auch sehen, welche Massenvorräte von Lebensmitteln durch Unkenntnis der Behandlung, infolge unserer Zentralwirtschaft und im Schleichhandel zc. durch Zusammenwerfen und Aufstapeln von Massenprodukten in oft ungeeigneten Räumen zc. oder beim Transport der Waren (Kartoffeln bei Frost im Winter) zc. zugrunde gerichtet wurden. Wie schon im Abgeordnetenhause stelle ich auch hier den Antrag, daß diese Verbrecher verfolgt und strengstens bestraft werden.

Es zeigte sich weiters, daß durch ungleiche Verteilung der Rechte und Pflichten, Einkommen und Gewinne in der Gesellschaft, im sogenannten Rechtsstaate Österreich kolossale Gegensätze entstehen mußten, daß die gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Entwicklung im Staate durch eine auf ganz falscher nationalökonomischer Grundlage basierender Gesetzgebung, total verfehlt, zum Zusammenbruche des Staates führen mußte.

Durch diese Gesetzgebung wurde es einer Zahl privilegierter und kapitalstärkiger Elemente möglich gemacht, sich schnell zu bereichern und Milliarden Gewinne anzueignen, indem selbe auch in Friedenszeiten der Massenbevölkerung, insbesondere den produzierenden Ständen, den Arbeitern, Bauern und Gewerbetreibenden, im freien Spiel der Kräfte, durch unsolide Gebarung, den Gewinn vom Ertrag ihrer Handarbeit entzogen und selbe zum Teil proletariisiert haben.

Es muß daher sogleich durch eine christlich-demokratische Änderung dieser Zustände die richtige Basis für den Neuaufbau Deutschösterreichs geschaffen werden und werden diesbezüglich Änderungen gestellt.

Die Finanzfrage.

Eine der wichtigsten und dringendsten ist die Finanzfrage, deren demokratische Lösung in Großösterreich, bei dem Einflusse und der Machtstellung der privilegierten Stände und dem System der zweierlei Rechte, respektive der enormen Begünstigung, der mächtigen und einflußreichen Finanz- und Unternehmergruppen gegenüber der bedrängten Massenbevölkerung nicht möglich war.

Wir brauchen aber jetzt dringend Geld und enorme Summen für das Budget, zur ordentlichen Bedeckung für die laufenden Staatsausgaben, Gehalte, Pensionen etc.

Für die Erhaltung und Versorgung der unterstützungsbedürftigen Invaliden und hinterbliebenen Witwen und Kinder von Gefallenen, für Waisen- und Kinderfürsorge, Erhaltung und Erziehung.

Wir brauchen weiters Geld für Unterstützung der Kriegsbeschädigten, für die Kosten der Demobilisierung und Abrüstung, dann der Mittel zur Einlösung und Herrichtung gewinnbringender Betriebsstätten und Unternehmungen und zur Unterstützung und Aushilfe des tiefgeschädigten Mittelstandes, dann zur Verzinsung und Amortisierung der kolossalen, auf Deutschösterreich entfallenden Schulden, die uns der Krieg gebracht hat etc. etc.

Wie enorm all diese Auslagen sind, zeigt uns das österreichische Finanzgesetz von 1917/18. Im Juni 1914 hatten wir 13 Milliarden Kronen Schulden und jetzt mit Abschluß des Krieges können wir mit über 100 Milliarden rechnen.

Der Anteil, der auf den deutschösterreichischen Staat fällt, ist ein außerordentlich hoher, und die Aufbringung der Finanzmittel zur Deckung der vorbeschriebenen Erfordernisse ist eine außerordentlich schwierige.

Anträge zur Bedeckung.

Mit der Steuerpraxis allein und noch dazu so wie bisher, wo bei den Massen der kleinen Leute, den Gewerbetreibenden, Haus- und Grundbesitzern, bei den geringsten Einkommen die Steuerfahne ununterbrochen angezogen wurde und die Kapitalisten und Spekulanten mit Millioneneinkommen sich ihrer Pflicht entziehen konnten, geht es nicht, sondern die Verhältnisse zwingen dazu, endlich andere Maßnahmen zu treffen.

Aus diesem Grunde wird, um die ersten großen und dringenden Auslagen decken zu können, der Antrag gestellt:

Daß vor allem jene großen Kriegsgewinner, Spekulanten, Schleichhändler, Wucherer und Preistreiber etc., an die sich unsere früheren großösterreichischen Regierungen nicht heranwagten oder zu einer Gewinnsteuerbagatelle verhalten wurden, endlich im Interesse jener armen Volksmassen, die Gut und Blut zur Verteidigung ihres Volkes und Vaterlandes auch für diese Herren eingesetzt haben, zu einer ihren Gewinnen entsprechend hohen Kriegsgewinnsteuer herangezogen werden.

Um das Vermögen und Einkommen jener großkapitalistischen Kreise, die sich bisher einer Besteuerung ganz oder teilweise entzogen haben, zu konstatieren, müßten genaue Erhebungen gepflogen, selbst Kassen, Banken und Depots kontrolliert, alle Wertpapiere, Aktien und Anteile von Gesellschaften etc. abgestempelt und jede unwahre Angabe etc. mit Vermögenskonfiskation etc. bestraft werden.

Nachdem diese Bedeckung noch weitaus nicht ausreicht, wiederhole und stelle ich hier einen Teil jener Anträge, die ich im zweiten Kriegsjahre am 16. August 1916, wo die Kriegsschulden erst 28 Milliarden betragen, an die Regierung und an alle Herren Minister gestellt habe, selbe lauten:

„Anderweitige große Erträge.

Um nun weitere große Einkommen zu erzielen, ist es notwendig, daß der Staat selbst endlich einmal in die bisherige Domäne der Privatspekulation eintritt und die Leitung einzelner Zweige oder Teile unserer Volkswirtschaft übernimmt.

Die hohe k. u. k. Regierung würde hieraus so große Erträge erzielen, daß sie davon allein die neuen Erfordernisse zu bedecken imstande wäre, ohne die Volksmassen zu belasten.

Im Gegenteil, bei richtiger praktischer Wirtschaft und zweckmäßiger Verwaltung, könnte hieraus sogar für die bisher von der Privatspekulation ausgebeuteten Volksmassen ein Gewinn, wenn zum Beispiel auf dem Gebiete des Versicherungswesens der Staat nur die Feuerversicherung übernehmen und sich ein Monopol schaffen, dann die Feuerversicherung in Österreich obligatorisch einführen würde, könnte die Versicherungsprämie weit billiger werden, und würden für den Staat noch immer 500 bis 600 Millionen jährlicher Ertrag resultieren.

Provisorische Nationalversammlung. — Beilage 32.

3

Eine ganze Reihe der wichtigsten Lebens- und Bedarfsartikel des Volkes, wie Zucker, Eisen, Kohle, Petroleum u. u., dienen heute der bereits kartellierten Privatspekulation zur Monopolisierung und Ausbeutung des Staates und der Volksmassen.

Die Monopolisierung von Naphtha ergibt einen Gewinn von 500 Millionen, die staatliche Monopolisierung aller der Volksbedarfsartikel, mit welchen heute bereits von großen Kartellgesellschaften in Verbindung mit Finanzgruppen (Banken u.) Monopole ausgeübt werden, wie Zucker, Eisen, Kohle, Spiritus, Petroleum u. u., würde fast bei jedem Artikel Hunderte Millionen Gewinn ergeben.

Seit Jahrzehnten wurden diese Zustände öffentlich besprochen und habe ich in den Budgetdebatten im Abgeordnetenhaus am 2. Mai 1902 und 17. Februar 1905 u. das schamlose Kartelltreiben und die offene Volksausbeutung durch kapitalistische Kreise in Österreich beleuchtet und auf deren Riesengewinne hingewiesen.

Meiner bescheidenen Meinung nach soll der Staat allein das Recht besitzen, Monopole auszuüben, und nicht für jede Privatunternehmung das Recht eingeräumt oder geduldet werden, daß sie den Volksmassen durch willkürliche Preisdiktierung ihrer Lebensbedürfnisse im Staate neue Steuern auferlegen darf.

Das wäre das Gebiet, auf dem der Staat endlich Ordnung schaffen, respektive nach und nach alles selbst in die Hand nehmen sollte. Die Gewinne würden zur Deckung der neuen Erfordernisse gewiß ausreichen.“

Weitere Einnahmen. Unternehmergewinne. Anträge zur Übergangswirtschaft.

So wie ich seit jeher den Standpunkt einer möglichst gerechten Verteilung der Rechte und Pflichten, Einkommen und Gewinne im Staate vertrete, stelle ich, um alle großen Einkommen dem Staate, respektive der Gesamtheit zuzuführen, um die bestehenden großen Gegensätze und damit den Klassenstandpunkt zu mildern, folgende Anträge:

Wir konnten jetzt im Kriege sehen, daß Privatunternehmer mit Hilfe ihrer Arbeiter in kurzer Zeit Millionengewinne erzielten, von denen der Staat vielleicht eine Bagatelle erhielt, wobei jetzt für die Masse der Arbeiter die Gefahr besteht, aufs Pflaster gesetzt zu werden, Zustände, gegen die ich schon mit Vogelsang in der judenliberalen Zeit Anno 1890 Stellung nahm.

Jetzt nach dem Zusammenbruche dieser Wirtschaftspolitik bei Beginn des Wiederaufbaues von Deutschösterreich, wo so viele Fabriken von der Kriegs- zur Friedensarbeit umgestaltet werden müssen, wäre es höchst zeitgemäß und soll der Staat gleich solche Fabriken mit allen Arbeitern und Angestellten übernehmen.

Der Staat als Eigentümer könnte dann seinen Angestellten und Arbeitern mit ihren Familien durch einen entsprechenden Lohn, Beistellung eines für ihn amortisierbaren Einfamilienwohnhauses mit Garten und die prozentuelle Anteilnahme am Fabriksreingewinn jene möglichst selbständige, menschenwürdige, zufriedenstellende Existenz schaffen, die einem arbeitenden Staatsbürger und Familienerhalter im Staate gebührt und von den meisten privaten Unternehmern bisher nicht geboten wurde.

Ein bedeutender Teil des Reinertrages würde davon dem Staate zufallen.

Neue Steuerquellen.

Ein weiteres großes Einkommen für den Staat, eine Stärkung der staatlichen Widerstandskraft resultiert aus der Bildung und Förderung eines lebens- und steuerkräftigen Mittelstandes, respektive der Erhaltung und Schaffung möglichst vieler kleiner und mittlerer selbständiger Existenzen und Familien.

Der Gewerbestand bietet außer seiner Existenznotwendigkeit dem leistungsfähigen Arbeiterstand zugleich die Möglichkeit, selbständig zu werden.

Die Notwendigkeit der Erhaltung des Bauernstandes und insbesondere die Förderung, Entwicklung und Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion hat uns der Krieg bewiesen.

Durch Förderung und Hebung der Landwirtschaft soll der neue Staat Deutschösterreich durch die Produktion seiner Lebensmittel vom Auslande und seinem en gros-Zwischenhandel unabhängig werden, durch die totale Vernachlässigung unserer viehzuchtreibenden Gebirgswirtschaften, wodurch einer unserer wichtigsten Kulturzweige schon teilweise zerstört und vernichtet wurde, sind bereits seit Jahrzehnten eine Menge Gebirgswirtschaften an reiche Leute verkauft, der Betrieb für Landwirtschaft und Viehzucht eingestellt, deren Kulturen vernichtet und für Jagdzwecke aufgesorftet worden.

Dagegen habe ich im Jahre 1913 im Landtage und im Reichsrate den Antrag zu einer Notstandshilfsaktion eingebracht und stelle auch hier den Antrag:

Daß bei allen seit 30 Jahren gefausten und zerstörten landwirtschaftlichen Betrieben der Eigentümer verhalten wird, innerhalb der nächsten zwei Jahre diesen landwirtschaftlichen Betrieb in der Größe und im Umfang des früheren zerstörten Betriebes mit allen Viehbeständen und Kulturgründen wieder herzustellen, sonst würde die sofortige Entziehung des Eigenjagdrechtes zc. erfolgen.

Naturschätze und Naturkräfte.

Zur endlichen Befreiung des Einzelnen sowie des Staates aus der drohenden Zinsknechtschaft des Kapitals und der furchtbaren Situation, in der wir uns befinden, gehört nicht nur gesteigerte Arbeit und vermehrte Produktion, sondern die bisher ausgebeuteten und irreführten Volksmassen, durch den Ernst der Lage gezwungen, müssen heute alle ihre Rechte aussprechen.

Die bisherigen Regierungen und deren nationalökonomischen Ratgeber haben in unverantwortlich leichtfertiger Weise die viele Milliarden im Werte betragenden Schätze der Erde, die Allgemeingut sind, die dem Staate und dem Volke gehören, preisgegeben.

Einzelne Individuen, die durch Zufall irgendwo ein Lager solcher Naturschätze, Kohle, Mineralien, Petroleum zc. entdeckt oder diese Kenntnis von anderen Entdeckern vielleicht um eine Bagatelle gekauft hatten, nahmen ungehindert Besitz von den der Allgemeinheit gehörenden Naturschätzen.

Viele davon durch diese Besitzergreifung ohnedies unendlich reich, beuteten trotzdem nicht nur diese gefundenen Schätze, sondern auch den Staat und die Bevölkerung damit gehörig aus, ein Zustand, dem endlich ein Ende gemacht werden muß.

Es hat sich wohl durch langen Besitz und spätere Verkäufe ein erfessenes Eigentumsrecht gebildet, aber das hindert nicht, daß der Staat in seiner Zwangslage sein Eigentumsrecht geltend macht und den Eigentümer seine eventuellen Barauslagen vergütet.

So wie diese Naturschätze sind auch die Naturkräfte, alle vorhandenen Wasserkräfte, die Millionen Pferdekkräfte enthalten, ein Allgemeingut des Staates und des Volkes.

Es ist ebenso ein bedauernswertes Versäumnis, daß unsere Wasser- und Elektrizitätswirtschaft heute noch so rückständig und diese Naturkräfte noch so wenig ausgenützt wurden.

Welch ungeheurer Ertrag ging und geht uns dadurch verloren, wenn unsere Bahnbetriebe, die Maschinenbetriebe, die Beleuchtung, die gewerblichen zc. Kleinbetriebe, alle durch unsere Naturkräfte im Betrieb wären, wieviel Kohle würde da erspart und welcher ungeheuren Gewinn würde dies ergeben.

Der Ministerpräsident Dr. v. Seidler hat diese Naturkräfte im Hause besprochen, das war bei uns schon eine Tat, aber ich hoffe, daß durch den Zwang der Verhältnisse endlich auch die Ausführung der Großwasserkräfte bei uns zur Tat werden wird, nur beantrage ich, daß die Aus- und Durchführung dieses Riesenerwerkes vom Staate und nicht wieder durch Spekulanten erfolgen soll.

Anträge zur Volkspensionskasse.

Eine weitere hochwichtige, für die Gesellschaft dringliche, humanitäre, christlichdemokratische Einrichtung zur Beruhigung und Sicherung der großen Volksmassen ist eine allgemeine, staatliche Alters- und Invaliden-, Witwen- und Waisenversorgung, eine Pensionskasse für alle jene Staatsbürger, welche ihren Lebensunterhalt zu verdienen erwiesenermaßen unfähig sind, und verweise ich diesbezüglich auf meine im Reichsrate in den Jahren 1899, 1907, 1910 und in der XXI. Session 1911, Beilage 432, gestellten Anträge.

Der Staat, respektive die Gesellschaft eines Kulturstaates muß doch der wirtschaftlichen Pflicht nachkommen, daß er die Pflege der Unmündigen, Kranken und Armen, der Witwen und Waisen in der Gesellschaft, insbesondere aber auch jener Staatsbürger, welche arm und durch unverschuldete Ursache bei Alter oder Invalidität nicht mehr imstande sind, ihren Lebensunterhalt zu erwerben, eine Versorgung zu bieten.

Wenn der ärmste Teufel für den Staat, für die Gesellschaft sein Blut und Leben geben muß, wenn das ganze Volk (selbst der ärmste Bettler durch die indirekten Steuern) vom Staate herangezogen wird, wenn mit diesen dem Volke herausgezogenen Millionen die Machtstellung des Staates erhalten wird und ein großer Teil davon für gesellschaftlich Zwecke, zur Ausgestaltung der Verkehrsmittel, für Industrie und Handel, für öffentliche Bauten und teils auch zur Bequemlichkeit und zum Schutze besser situiert Kreise verwendet wird, dann ist auch der Staat verpflichtet, Reziprozität zu üben und jene unglücklichen, armen und alten Invaliden des Volkes samt ihren Familien zu versorgen, um ihnen für die kurze Spanne Zeit ihres Lebens ein menschenwürdiges Dasein zu schaffen.

Provisorische Nationalversammlung. — Beilage 32.

5

Mit dieser Volkspensionskasse soll jeder Staatsbürger, ob Angestellter, Arbeiter, Bauer, Gewerbetreibender und Bürger zc. versichert und mit seinen Angehörigen für alle Fälle auch bei Unglück, für den Fall der Armut, im Alter gegen Not und Elend geschützt werden.

Nicht nur einzelne Klassen und Gruppen der Gesellschaft, zum Beispiel Beamte, gewerbliche und industrielle Arbeiter, sondern für alle Staatsbürger soll diese Volkspensionskasse geschaffen werden.

Diese Volkspensionskasse soll der Idee der Versorgung entsprechen, nach welcher nur jener Staatsbürger seine Pension erhält, der im Alter oder bei Invaldität weniger Einkommen hat als seine Pension beträgt.

Es soll nicht so werden wie bei der bisherigen Pensionsmiswirtschaft, wo man einer großen Menge sehr reicher Leute, welche Millioneneinkommen haben, oft für eine kurze, wenig ersprießliche Tätigkeit für Lebenszeit hohe Pensionen zuwendete.

Ich erinnere an die hohen Pensionen sehr reicher Minister und hoher Beamter, zu deren Aufbringung vielleicht eine Reihe kleiner armer Staatsbürger vom Steueramte gepfändet und exequiert wurde.

Anträge gegen Kapitalzinswucher.

In jetziger Zeit des Wuchers und der Volksausbeutung muß auch endlich dem Kapitalzinswucher Einhalt geboten werden.

Wir wissen, daß auf der Erde eine vollkommene Gleichheit nie existieren wird.

Gleichheit herrscht weder bei den Individuen mit ihren verschiedenen Eigenschaften, Charakteren und Eignungen und der verschiedenartigen Erziehung, noch bei dem Besitze und Eigentum. Der eine ist ruhig eingezogen, der andere impulsiv, tritt als Führer auf, der eine bleibt immer Tagelöhner, der andere besitzt die Eignung, Vorarbeiter und Meister zu werden; der eine ist sehr fleißig, dabei äußerst sparsam und legt sich von seinem lebenslang ersparten Verdienst für Alter und seine Familie ein kleines Vermögen zurück, ein anderer nicht. Es kommt aber auch oft anders, der eine hat, ohne Besonderes zu leisten, Glück, der andere, obwohl fleißig und sparsam, bringt es zu nichts.

Es gibt auch viel bürgerliche und vielleicht schon durch die Voreltern redlich durch Arbeit erworbene größere Vermögen und dann auch große private Vermögen in der Gesellschaft, welche auch aus einem jahrhundertelangen rechtlichen Erwerb entstanden sind. Darunter sind auch jene, welche aus Spendung oder Stiftungen für humanitäre oder religiöse Zwecke stammen.

Wir haben aber auch eine Reihe solcher oft großer Vermögen, welche keinen solch rechtlichen Erwerb nachzuweisen haben, wir haben ja gesehen, daß während der vier Kriegsjahre Tausende von Millionären wie Pilze aus der Erde sich gebildet haben.

Von den zirka 100 Milliarden Kriegsschulden ist ein Großteil den Kriegsgewinnern, Schleihhändlern, Wucherern, Preistreibern zc., in die Hände gefallen und gegen diese Kapitalien müssen wir Vorjorge treffen und uns schützen, damit uns selbe mit ihren Kapitalien nicht auch noch weiter bewuchern.

Wir leben in der Zeit der Herrschaft des Kapitals und Wuchers und müssen bei der demokratischen Umgestaltung der ganzen Staatsverwaltung zur Sicherheit der Massen des ehrlich arbeitenden Volkes gegen den Wucher Stellung nehmen.

Das Zinsnehmen.

Der Arbeiter muß sowie der Beamte, Gewerbetreibende, Landwirt zc. seine persönliche Kraft und Zeit aufbringen und einsetzen, entgegen seinem oft fargen Lohn oder Gewinn, der Kapitalist dagegen, der Millionen oder Milliarden besitzt, läßt das Geld arbeiten und erhält dasselbe ohne jeden Verlust mit Zinsen und Zinseszinsen zurück.

Er leistet gar nichts dafür und hat vorgemerkt und versichert nicht einmal ein Risiko dabei. Er läßt tausend Menschen schwer arbeiten und für sich fronden und ist nur dazu da, die Millionen Zinsen einzustreifen und in Luxus zu verbrauchen.

Die Regierung mit ihren Gewalten mußte ihm bisher als Mittel zur Eintreibung seiner Zinsforderungen dienen.

Die Menschen sind doch frei geboren und nicht dazu da, für eine kleine Schar Volksausbeuter und Wucherer lebenslang zu frohnden.

Ich erinnere an die Zeit, wo Zinsnehmen ein Verbrechen war. Wenn jemand auf ehrliche Weise in der Gesellschaft sich ein Vermögen erworben hat, dann soll er es genießen und soll davon leben und

es verbrauchen, nicht daß er mit seinem Vermögen, mit dem er ohnedies der übrigen armen Bevölkerung gegenüber im Vorteil ist, damit bewuchert.

Die Gegenleistung, die er für den Zinsbetrag gibt, besteht darin, daß er einem Armeren einen Teil seines Vermögens auf bestimmte Zeit leiht, damit der andere den Beginn oder die Erweiterung einer Unternehmung und dabei einen Vorteil erzielen, oder sich eine Stellung begründen kann.

Im christlichen Zeitalter hat der Besserstuierte einem anderen zur Begründung seiner Existenz ohne Bezahlung verholfen, er hat ihm auch ohne Zinsen gegen Handschlag Geld geliehen. Später wurden kleine Vergütungen für die Gefälligkeiten geboten und gegeben und heute beherrscht der Zins und der Wucher die Welt.

Ich beantrage nun, damit uns die Raubritter, die uns während der Kriegszeit die Milliarden abgenommen haben, nicht auch jetzt weiter damit bewuchern können, daß die jetzige demokratische Regierung dagegen Stellung nimmt und den Zinsfuß tief herabsetzt.

Wenn wir schon ans Ausland hohe Zinsen zahlen müssen, soll doch im Inlande die Bevölkerung vor Wucher geschützt werden.

Die Gefertigten stellen mit Rücksicht auf die vorangeführten Anträge an die hohe Nationalversammlung den Antrag:

Derselbe wolle beschließen:

„Das Präsidium und die Mitglieder des hohen Staatsrates werden ersucht, diese Anträge zur Durchführung zu bringen.“

Wien, 12. November 1918.

Barrer.	J. Wohlmayer.
Eisenhut.	Wollek.
Prisching.	Fuchs.
Wagner.	Guggenberg.
Maier.	Mois Brandl.
Dr. Terzabek.	Hözendorfer.
Josef Grimm.	Frankenberger.
Miklas.	Schoiswohl.
Zanegger.	Lechner.
Dr. Mataja.	Scheicher.